

KURZ BERICHTET

NEUENEGG

Verkehrsversuch wird verlängert

pd. Das kantonale Tiefbauamt und der Gemeinderat von Neuenegg haben entschieden, dass der Verkehrsversuch auf der Dorfstrasse um sechs Monate verlängert wird. Den Bedenken im Dorf bezüglich der Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger werde mit vertieften Abklärungen Rechnung getragen, teilt das kantonale Amt für Information mit. Geprüft würden flankierende Massnahmen etwa bei den Schulwegübergängen. Bei der Umgestaltung wurden keine Zebrastreifen markiert, da die Strasse seit langem nicht nur auf den drei früheren Fussgängerstreifen, sondern an sieben weiteren Stellen überquert wurde. Erst vor wenigen Tagen hatte eine Gruppe Eltern eine Petition mit 400 Unterschriften eingereicht, welche die Wiedereinführung der Fussgängerstreifen verlangt (der «Bund» berichtete).

NIEDERWANGEN

«Vaucher» erweitert

pd. Der Sportfachhandel Vaucher baut an der Hallmattstrasse in Niederwangen eine neue Lagerhalle mit rund 800 Quadratmetern Grundfläche. Ausserdem werden die Geschäftsräumlichkeiten renoviert und die Verkaufsfläche vergrössert. Wegen des Umbaus gibt es von Anfang September bis Mitte Oktober einen Teilausverkauf, wie «Vaucher» gestern mitteilte.

SCHLOSSWIL

Wechsel in Exekutive

pd. Andrea Gerber, Ressortleiterin für Schule und Kultur im Gemeinderat von Schlosswil, scheidet wegen Wegzugs aus. Sie wird gemäss Medienmitteilung Ende Oktober von Robert Meerstetter abgelöst.

WORB

Wie weiter im Süden?

bas. Die Worber Planungskommission lässt eine Studie zur Siedlungserweiterung von Worb Dorf Richtung Bahnhof SBB ausarbeiten. Wie Gemeindepräsident Peter Bernasconi am Montag in der Sitzung des Gemeindeparlaments ausführte, sollen darin auch Möglichkeiten zur Weiterführung der geplanten Südumfahrung aufgezeigt werden. Der Gemeinderat unterstütze das vorliegende Verkehrsrichtungsprojekt; er sei sich jedoch bewusst, dass mittel- oder längerfristig mit einer Weiterführung im Süden zu rechnen sei. Eine Motion der FDP, welche die Ausarbeitung einer solchen Studie forderte, erklärte das Parlament erheblich. Als Postulat überwies es das Begehren der SVP, der Verkehrsrichtungsplan sei zu überprüfen.

KORRIGENDUM

PODIUMSDISKUSSION . . . fand gestern statt

bst. Im «Bund» von gestern, Seite 20, stand fälschlicherweise, die Podiumsdiskussion «Sind die Schweizer Kinder dümmer? Wie weiter nach dem Pisa-Bericht?» finde heute Mittwoch Abend statt. Richtig ist, dass sie gestern Dienstag Abend stattfand. Die Redaktion entschuldigt sich für den Fehler.

Unwegbarkeiten zwischen Stadt und Land

SPAZIERWEG / Die Bernische Gesellschaft zur Pflege des Stadt- und Landschaftsbildes möchte einen Weg vom Bärengraben bis zum Bantiger verwirklichen. Gestern äusserten sich die betroffenen Gemeindepolitiker zu dieser Idee. Dabei zeigte sich, dass viele Grünflächen, über die der Weg führen soll, vielleicht schon bald verschwinden.

CHRISTIAN VON BURG

Die Berner Allmend präsentierte sich gestern als Unort: Es regnete, der Lärm der Autobahn zwang die anwesenden Politiker fast zum Schreien, und mitten auf dem Weg, wo die Presseorientierung begann, lag ein gebrauchter Pariser. «Dieser Ort steht stellvertretend für viele Orte bei uns in der Agglomeration», sagte Thomas Hostettler von der Bernischen Gesellschaft zur Pflege des Stadt- und Landschaftsbildes (GSL). Verbindungen für Fussgänger seien oft durch Verkehrsachsen zerschnitten oder wie hier durch eine schmale Brücke über die Auto-

bahn zumindest stark verengt. Die GSL hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Verbindung zwischen Stadt und Land mit einem Erlebnisweg vom Bärengraben bis zum Bantiger wieder herzustellen (der «Bund» berichtete).

Tschäppät: Platz frei halten

«Stadt und Region müssen zusammenwachsen», sagte Gemeinderat Alexander Tschäppät, «deshalb halte ich diesen Weg für eine gute Sache.» Die Stadt kämpfe mit dem Problem, dass sie einerseits so viele Grünflächen wie möglich erhalten wolle, andererseits gezwungen sei, neue Wohnungen und Arbeitsplätze zu schaffen, um noch grössere Pendlerströme zu verhindern. Tschäppät will das Projekt unterstützen, indem er sich dafür einsetzt, dass nicht auch noch die letzten Verbindungen völlig zugebaut werden. «Wenn zum Beispiel der Springgarten einmal überbaut werden sollte – was eine sehr umstrittene Sache wäre –, so müssten wir einen genügend grossen Freiraum für diesen Weg lassen», sagte er.

Weber: Wege vorhanden

Auch Theo Weber, der Gemeindepräsident von Ostermundigen, erklärte seinen Willen, wenigstens einen Korridor für den Regionsweg freizuhalten. Denn die Ackerflächen im Mösl, gegenüber der Klink Waldau, wo der Weg durchführen soll, werden vielleicht schon bald überbaut. Im hinteren Teil in Richtung Rörswil sieht Weber ein anderes Problem. «Der betroffene Bauer würde sich vermutlich mit Händen und Füssen wehren, wenn man ihm auch nur schon einen schmalen Fussweg quer durch die Äcker planen würde», sagt er. Doch zumindest entlang der Umfahrungsstrasse gebe es schon einen Fuss- und Radweg, so Weber. «Wir werden noch viel Überzeugungsarbeit für unser Projekt leisten müssen», sagte darauf der Landschaftsarchitekt Felix Haller, «aber die Idee ist ja gerade, dass wir diese letzten freien Flächen für die Öffentlichkeit zugänglich machen.»



Alexander Tschäppät und Theo Weber unterwegs auf dem Weg vom Bärengraben zum Bantiger passieren delikaten Zivilisationsabfall.

MICHAEL SCHNEEBERGER

Neue Brücke bei Rörswil

cvb. Seit der Bahnübergang bei Rörswil geschlossen worden ist, gibt es keinen Wanderweg mehr zwischen Ostermundigen und Bolligen. Der geplante Fussweg vom Bärengraben bis zum Bantiger (siehe Haupttext) hat dem lange gehegten Projekt für eine Fussgängerbrücke über die Bahngleise jetzt anscheinend zum Durchbruch verholfen. «Wir standen noch nie so nahe vor der Realisierung dieser Brücke wie jetzt», sagt die Bolliger Gemeindepräsidentin Margret Kiener Nellen. Das ursprüngliche Brückenprojekt wurde redimensioniert. Die teure Rampe für Reiter ist gestrichen worden. Finanziert wird die Holzbrücke voraussichtlich durch Beiträge der Gemeinden Bolligen und Stettlen, des RBS, des Kantons sowie durch Sponsoringbeiträge. Die Gemeinde Ostermundigen, auf deren Boden die Holzbrücke zu stehen kommt, hat zugesichert, zumindest für die Unterhaltskosten aufzukommen.

Mehr Information zur neuen Brücke gibt's heute Abend um 20.00 Uhr an einer öffentlichen Orientierung im «Bären» Ostermundigen.

Mit vielen Lobesworten gehts Richtung 1,75

WORB / Das Parlament stellt sich hinter die Finanzplanung des Gemeinderats. Ausserordentliche Erträge sollen schon per 2004 eine erste Steuersenkung auf 1,78 erlauben.

bas. So gerühmt wie am Montag Abend wird der Worber Gemeinderat nicht gerade oft in einer Parlamentssitzung: Mit seiner Finanzplanung für die Zeitspanne 2003 bis 2008 habe er den richtigen Weg eingeschlagen, sagte beispielsweise Ulrich Wäfler (svp): «Der Gemeinderat zeigt Handlungsfähigkeit und Flexibilität und nimmt seine Führungsverantwortung im finanzpolitischen Bereich wahr.» Nächstes Jahr, so

der Vorschlag des Worber Gemeinderats, soll noch einmal mit Steuerfuss 1,81 kutschiert werden. Per 2004 fasst die Exekutive dann eine Reduktion auf 1,78, per 2006 auf 1,75 Einheiten ins Auge (siehe «Bund» vom Samstag). Mit dieser Planung gelinge es dem Gemeinderat erstmals, seinen finanzpolitischen Zielsetzungen nachzuleben, stellte Jonathan Gimmel (fwv) namens der Geschäftsprüfungskommission fest; von einer Trendwende könne indes noch nicht die Rede sein. Franziska Fritschy (fdp) bezeichnete die in Betracht gezogene Reduktion als «minimal», betonte aber, die Freisinnigen seien froh, dass die Prognosen für die Worber Finanzen nun wesentlich besser aussähen als in früheren Jahren. Hans Ulrich Joss (sp) erklärte, es sei legitim, sich über eine Steuersenkung Gedanken zu machen – falls diese zielkonform sei. Ob sie dann tatsächlich realisiert werden könne, müsse aber gut überlegt werden. Auch Jürg Bichsel (fwv) wies darauf hin, dass die Steuerreduktion nur in Frage komme, wenn sich die finanzpolitischen Zielsetzungen nach wie vor einhalten liessen. Mühe mit der Absicht des Gemeinderats bekundete einzig Hans Steiner (gfl): Er wies auf das strukturelle Defizit Worb hin und verglich die Gemeinde mit einem Bauern, der jedes Jahr eine Kuh verkaufen muss, um über die Runden zu kommen. Das Parlament genehmigte den Finanzplan schliesslich aber einstimmig.

Eine Busverbindung für Vielbringen

WORB / Ab Dezember 2003 soll versuchsweise ein Bus von Worb via Vielbringen nach Rüfenacht fahren. Damit wird Vielbringen ans öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen.

Isb. Das Worber Parlament hat am Montagabend einem zwei Jahre dauernden Busversuch zugestimmt. Der Bus, dessen Kosten sich jährlich auf rund 126 000 Franken belaufen, wird im Dezember 2003 in Betrieb genommen. Wenn der Kostendeckungsgrad nach den zwei Versuchsjahren bei mindestens 20 Prozent liegt, werde geprüft, ob die Busverbindung ins Grundangebot aufgenommen werde, so Gemeindepräsident Peter Bernasconi. Die Route führt von Worb über Worb SBB und Vielbringen nach Rüfenacht. Vielbringen wird somit neu ans öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen. Auch das Altersheim Beitenwil und das Humanus-Haus Beitenwil werden erschlossen. Dies bringe sowohl den Bewohnern als auch dem Personal eine gewisse Mobilität, sagte Jürg Kaufmann (sp). Zudem seien die Kinder aus Vielbringen, die nach Rüfenacht zur Schule gehen, nicht mehr auf den Chauffeurdienst der Eltern oder aufs Velo angewiesen. Hans Steiner (gfl) lobte das Konzept und den «professionell ausgearbeiteten Fahrplan».

Nicht nur Zustimmung

Weniger Anklang fand das Projekt bei den Mitgliedern der FDP und einem Teil der SVP. Guy Lanfranco (fdp) war der Meinung, dass die Linie nicht genug ausgelastet würde und somit nicht ren-

tabel sei. «Knapp 130 000 Franken sind für einen solchen Luxus zu viel.» Ueli Emch (fdp) wies darauf hin, dass frühere Busversuche nicht funktioniert hätten und die gleichen Fehler zu vermeiden seien. Er verlangte, dass der Versuchsbetrieb nach einem Jahr einzustellen sei, falls er nicht rentieren sollte.

Bald auch Rubigen?

In einer ersten Variante war geplant gewesen, auch Rubigen in den Versuch einzubeziehen. Diese Variante wurde jedoch hinfällig, weil Rubigen bereits am «Tangenten»-Bus beteiligt ist. Der Gemeinde sei es nicht möglich, beide Projekte mitzufinanzieren. Laut Bernasconi ist aber nicht auszuschliessen, dass sich Rubigen zu einem späteren Zeitpunkt am Worber Bus beteiligen wird.

Diesmal soll es klappen

Der Busversuch ist ein weiterer Schritt zur Erfüllung der Motion von Jürg Kaufmann, die das Parlament im September 2000 mit grossem Mehr erheblich erklärt hatte. Der Vorstoss verlangt, dass alle Ortsteile der Gemeinde Worb durch den öffentlichen Verkehr erschlossen werden. Ganz gelingen wird dies trotz der neuen Linie nach Vielbringen aber nicht: Der Autokurs Wattenwil-Bangerten musste Ende Juni eingestellt werden, weil ihn zu wenig Leute benutzten.

Gegen Antenne

WORB / Gegen das Baugesuch für eine UMTS-Mobilfunk-Antenne im Sonnhalde-Quartier sind fast 200 Einsprachen eingegangen.

bas. Die Antenne für die neue Mobilfunk-Technologie UMTS, welche die Firma 3G Mobile AG auf dem Dach eines Mehrfamilienhauses an der Eggwaldstrasse im Worber Wohnquartier Sonnhalde aufstellen will, ist gar nicht willkommen: Bei der Bauverwaltung sind gegen das Vorhaben 188 Einsprachen und Rechtsverwahrungen eingereicht worden. Angeführt wird darin unter anderem, dass sich in den von der Antenne besonders betroffenen Zonen zwei Kindergärten, Spielplätze und ein Schulhaus befinden.

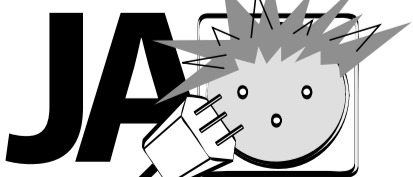
Auch Gemeindepolitiker hat das Projekt zum Handeln veranlasst: Die EVP hat in der Parlamentssitzung vom Montagabend eine Interpellation, die SP eine Motion zum Thema Mobilfunkantennen eingereicht. Die EVP will vom Gemeinderat wissen, was er allenfalls bereits unternommen habe, um eine geordnete Planung und Realisierung solcher Antennen zu gewährleisten, und was er zu tun gedenke, um ihre Anzahl auf das notwendige Minimum zu beschränken. Die SP will dem Rat den Auftrag erteilen, mit den konzessionierten Mobilfunkbetreibern die Standortbedürfnisse für Antennen abzuklären und zu koordinieren. Dabei sei darauf zu achten, dass die Strahlungswerte in Wohn- und Arbeitsplatzgebieten und in der Nähe von Schulanlagen und Kindergärten möglichst gering gehalten würden.

«Faire Regeln im Strommarkt – zum Schutz der Privathaushalte.»



Simonetta Sommaruga
Nationalrätin

Elektrizitätsmarktgesetz EMG



Komitee pro EMG
Konsumentinnen und Konsumenten
für eine sichere und ökologische
Stromversorgung.

Postfach 92 - 3000 Bern 15 - Spendenkonto PC Nr. 30-302815-9